

Barbara Müller | Fonds für Entwicklung und Partnerschaft in Afrika | Basel | Dezember 2013

Ethanolfabrik in Chisumbanje - Bauern wehren sich gegen Vertreibung

Greenfuel – die größte und modernste Ethanol Fabrik Afrikas – steht im Südosten von Simbabwe. In dieser ökologisch wenig geeigneten Gegend sollen dann einmal 40.000 Hektar mit Zuckerrohr bebaut werden. Die ansässigen KleinbäuerInnen wurden vertrieben – ihre Ernte zerstört. Die meisten von ihnen warten noch immer auf Entschädigung und Ersatzland. Seit Oktober ist in Simbabwe per Dekret des Präsidenten nur noch Benzin mit zehn Prozent Ethanol erhältlich. Ab März 2014 soll dieser Anteil auf 20 Prozent erhöht werden.

Die Ethanol Fabrik Greenfuel wurde im Oktober 2009 gebaut. Hinter der Investition von angeblich 600 Mio. Dollar steht die zwielichtige Figur Billy Rautenbach, der in verschiedenen afrikanischen Ländern Geschäfte betreibt. Auf welcher rechtlichen Grundlage die Investition erfolgte und wer die Geldgeber hinter Rautenbach sind, ist unklar. Greenfuel ist ein Joint Venture zwischen ARDA (Agricultural and Rural Development Authority), einer parastaatlichen Firma sowie den privaten Firmen Macdom Investments und Rating Investments. Es besteht der Verdacht, dass es sich ursprünglich um ein privates Abkommen zwischen dem Hauptinvestor Billy Rautenbach und ZANU-Exponenten handelte, so etwa dem derzeitigen Verteidigungsminister Zimbabwes Emmerson Mnangagwa.

Zurzeit baut Greenfuel Zuckerrohr an auf dem Land von ARDA (rund 5.100 Hektaren), das früher von sogenannten Out-growers (Kontraktbauern) bebaut wurde. Darüber hinaus wollte die Firma auch das Land der umliegenden Bauernbetriebe an sich nehmen, deren Besitzer bisher als Baumwoll- und Weizenproduzenten gut gelebt hatten. Sie versuchte die Kleinbauern zu vertreiben, indem sie während dreier Jahre deren Felder kurz vor der Ernte zerstörte und auch deren Häuser dem Erdboden gleich machte. Gleichzeitig unternahm sie Bestechungsversuche, um die Zustimmung der Chiefs und anderen lokalen Würdenträger zu erhalten. Die betroffene Bevölkerung fühlte sich hilflos, weil sie wusste, dass Greenfuel auf mächtige Hintermänner zählen konnte.



Kampagnen-T-Shirt von PYD

2010 beauftragte sie deshalb die Nichtregierungsorganisation PYD (Platform for Youth Development) mit ihrer Interessenswahrung. Vor allem sollte in Erfahrung gebracht werden, aufgrund welcher Verträge und Übereinkommen Greenfuel überhaupt handelte. PYD dokumentierte das Vorgefallene mit Videoaufnahmen und informierte Öffentlichkeit und Parlament. Es stellte sich heraus, dass die Landvergabe an die Firma nicht gesetzeskonform erfolgt war. Zum Beispiel wurde das Indigenisierungsgesetz nicht respektiert, das eine staatliche Beteiligung von 51 Prozent an der Firma vorschreibt. Außerdem hätte die Firma vor-

gängig mit der betroffenen Bevölkerung über Kompensationen verhandeln müssen, was nicht geschehen war. Mit Unterstützung der Lawyers for Human Rights reichte PYD im Namen der

Betroffenen eine Sammelklage gegen die Firma sowie gegen die Regierung ein, in der sie Schadenersatz forderte.

In der Folge wurde ein interministerielles Komitee unter Führung von Vizepräsident Mutambara (MDC-N) eingesetzt, das die Gegend besuchte und sich vor Ort ein Bild von der Situation machte sowie mit den Betroffenen Gespräche führte. Am 19. September 2012 veröffentlichte dieses Komitee einen Bericht, der an einer Pressekonferenz vorgestellt wurde. Weiter



Wedzerai Gwenzi berichtet bei einer Tagung in Basel über die Situation aus seiner Heimat Chisumbanje

wurde ein breites District Ethanol Implementation Committee (DEPIC) eingesetzt, das über die Forderungen der betroffenen Bevölkerung beraten sollte. In DEPIC saßen neben Behörden- und Firmenvertretern auch VertreterInnen der Bauern von Chisumbanje und Chinyamukwakwa, darunter Claris Madhuku, der Präsident von PYD.

Greenfuel produzierte von 2010 bis im Februar 2012 Ethanol. Danach musste die Produktion eingestellt werden, weil der Absatz stagnierte. Das dabei abgelassene Abwasser verschmutzte die Wasserläufe so stark, dass Tiere starben und die Menschen das Wasser nicht mehr konsumieren konnten. Ueli Haller, ein Berner Pfarrer, der die Gegend 2010 besuchte, berichtete der Gestank sei unerträglich und schon von weitem riechbar gewesen.

Die Firma versuchte in dieser Zeit zu erreichen, dass die Regierung für das ganze Land eine obligatorische Beimischung zum bleifreien Benzin verfügte. Dagegen erhob sich Widerstand, weil die Automobilisten fürchteten, dass ihre Fahrzeuge Schaden nehmen könnten. Mugabe verweigerte die Unterschrift unter eine entsprechende Verfügung mit der Begründung, dass die gesetzlichen Vorschriften nicht erfüllt seien. Außerdem wurde die Befürchtung geäußert, dass die Firma das Land mit ihrer Monopolstellung erpressen könnte.

Doch mit dem Wahlsieg der ZANU-PF vom Juli 2013 hat sich die Situation verändert. Der neue Energieminister Dzikamai Mavhaire will vorwärts machen. "Es geht uns um den langfristigen Nutzen für das Land. Die Beimischung von Ethanol wird die Importrechnung der Regierung bedeutend verringern, gleichzeitig den Zuckerrohr-Pflanzern nützen und damit Arbeitsplätze schaffen. Außerdem wird das Benzin billiger, was der Öffentlichkeit zugutekommt," sagte der Minister.

Greenfuel hat sich jetzt angeboten der Regierung mit einem Darlehen unter die Arme zu greifen, damit diese die landwirtschaftliche Produktion 2013/14 finanzieren kann. Denn das Grain Marketing Board schuldet den Bauern seit 18 Monaten die Bezahlung der letzten Ernte. Weil diese als Folge davon nicht in der Lage sind, Saatgut und Dünger für die kommende Saison zu kaufen, ist die Nahrungsmittelversorgung des Landes gefährdet. Im Gegenzug dazu hat Mugabe jetzt per sofort der obligatorischen Beimischung von zehn Prozent Ethanol zugestimmt. Im November soll dieser Prozentsatz auf 15 Prozent erhöht werden, und ab März 2014 ist eine Erhöhung auf 20 Prozent geplant. Der Energieminister will DEPIC nun auflösen – es brauche die Kommission nicht mehr, weil es jetzt keine Koalitionsregierung mehr gäbe. DEPIC wehrt sich dagegen, weil die Betroffenen dann keine direkte Stimme mehr hätten. Außerdem wurde die Kommission durch das Kabinett eingesetzt und kann deshalb auch nur auf dieser Ebene aufgelöst werden.

Innerhalb der Kommission waren die Beratungen bereits weit fortgeschritten. Gemäß dem Mutambara-Bericht sind 1754 Haushalte von den Umsiedelungen betroffen (1060 in Chisum-

banje und 694 in Chinyamukwakwa). Die betroffene Gegend umfasst 16 Dörfer mit durchschnittlich 1.400 Haushalten. Nur 516 von ihnen sind bis zum jetzigen Zeitpunkt wieder angesiedelt worden. Den Bauern wurde 0,5 Hektaren angeboten; das haben sie verweigert, denn so viel genügt zwar für die Selbstversorgung nicht jedoch für eine weitergehende Produktionsstätigkeit, wie sie sie zuvor betrieben hatten. Ihre Forderung ist zwei bis sechs Hektaren Land. Des Weiteren gibt es einen Konflikt mit Kriegsveteranen, die eigentlich gar nicht zu den Betroffenen gehören, aber trotzdem zwei Hektaren zugeteilt bekamen. Diese reißen sich unter der Hand immer mehr von dem zur Verfügung stehenden Land unter den Nagel. Eine Reisegruppe aus der Schweiz hat die Fabrik im Oktober besucht und mit einigen der betroffenen Bauern in Chisumbanje gesprochen. Diese baten eindringlich darum, sie in ihren Forderungen zu unterstützen. Sie befürchten, dass sie leer ausgehen und die versprochene Kompensation nicht erhalten, wenn nicht von außen Druck auf Greenfuel und die simbabwische Regierung ausgeübt wird. Diese Bedenken sind nicht unbegründet. Für die Regierung ist die Ethanol Produktion ein Hoffnungsschimmer im Umgang mit den desolaten Staatsfinanzen. Sie ist entschlossen alle Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Wenig Vertrauen erweckend ist die Person des Financiers Billy Rautenbach, der in Südafrika und der Demokratischen Republik Kongo in Korruptions- und Betrugsfälle verwickelt ist. Die bisherigen Erfahrungen der Bevölkerung mit den Methoden von Greenfuel lassen ebenfalls wenig Hoffnung. Neben der Zerstörung von Feldern und Häusern hat sie das Wasser des Save-River verseucht. Als Anfang Jahr ein Feuer in der Fabrik ausbrach, ließ das Management elf Arbeiter als Brandstifter verhaften, um so die eigene Nachlässigkeit zu vertuschen. Der Gang an die nationale und internationale Öffentlichkeit scheint derzeit der einzige gangbare Weg für die Bauern von Chisumbanje und Chinyamukwakwa zu sein.

Als die Firma Anfang Jahr noch einmal ohne vorherige Konsultation über 2.000 Hektaren annektierte, wurden vier Aktivisten verhaftet, die dagegen protestierten. Mehr als hundert Betroffene marschierten daraufhin zur Polizeistation und verlangten ebenfalls inhaftiert zu werden. Damit erreichten sie die Freilassung ihrer Kollegen. Trotzdem beginnen die betroffenen Bauern die Hoffnung zu verlieren. Seit über drei Jahren haben sie kein Einkommen mehr, können nicht anpflanzen und ihre Kinder nicht mehr zu Schule schicken. „Wir haben Hunger und sind verzweifelt; lange halten wir nicht mehr durch“, sagte einer der Bauern anlässlich eines Treffens mit der Schweizer Reisegruppe im Oktober dieses Jahres. Viele von ihnen seien bereits über die naheliegende Grenze nach Mozambique oder weiter nach Südafrika gegangen.



Barbara Müller, FEPA

Kaum thematisiert in der Debatte wird die grundsätzliche Frage, ob der Südosten Zimbabwes für die massenhafte Produktion von Zuckerrohr überhaupt geeignet sei. Die Gegend leidet unter notorischer Wasserknappheit. Dies gibt zu denken, wenn man in Betracht zieht, dass aus einer Tonne Zuckerrohr lediglich 75 Liter Ethanol hergestellt werden können und der Anbau von Zuckerrohr viel Wasser benötigt. Gegenwärtig ist der 1960 gebaute Stausee von Mutirikwe bei Masvingo noch zu vier Prozent gefüllt. Sein Wasser bewässert

die Zuckerplantagen im Triangle sowie die Stadt Masvingo. Die Klimaveränderung wird die Situation weiter verschärfen. Auch die von Greenfuel in Aussicht gestellte Bewässerung für die Felder der Kleinbauern ist nicht gewährleistet, wenn - wie jetzt vorgesehen - der Zuckerrohranbau ausgebaut wird.